Senator für Bildung und Wissenschaft

31.08.2003
Frau Moning
6547

Vorlage G 6
für die Sitzung der Deputation für Bildung
am 04.09.2003

Baumaßnahmen Ganztagsschulen
- Genehmigung von Verpflichtungsermächtigungen –

Problem:

In Bremen wurden zum Schuljahr 2003/04 10 Ganztagsschulen eingerichtet. Zur Beauftragung und der Baumaßnahmen sind Mittel in Höhe von 7,223 Mio. € notwendig. In 2003 stehen aber nur Mittel in Höhe von 4,793 Mio. € zur Verfügung:

	Verfügbare Mittel
Bildungshaushalt	1.915.000
Bund	1.696.926
Dritte	1.111.074
gesamt	**4.723.000**

Es ist daher für die Beauftragung der Baumaßnahmen (Bauabschnitte) notwendig, Verpflichtungsermächtigungen auf den Haushalt 2004 einzustellen.

Lösung:

Das Investitionsprogramm des Bundes„Zukunft Bildung und Betreuung“ sieht für das Land Bremen von 2003 bis 2007 Finanzhilfen für Investitionen zum Aufbau neuer Ganztagsschulen, zur Weiterentwicklung bestehender Schulen zu Ganztagsschulen oder zur Schaffung zusätzlicher Ganztagsplätze an bestehenden Ganztagsschulen in Höhe von insgesamt 28,3 Mio. € vor. Im Jahr 2004 werden für die Stadtgemeinde Bremen 5.656.420 € zur Verfügung stehen.

Auf dieser Grundlage sollen folgende Verpflichtungsermächtigungen auf den Haushalt 2004 eingestellt werden:

Schule	Finanzposition	Auftrags-volumen 2003	verfügbare Mittel	VE auf 2004
Karl-Lerbs-Straße	3210.72201-6	460.000 €	190.000 €	270.000 €
Borchshöhe	3210.72203-2	1.246.000 €	716.000 €	530.000 €
Andernacher Straße	3210.72204-0	2.021.000 €	1.766.000 €	255.000 €
Grambker Heerstraße	3210.72202-4	780.000 €	438.000 €	342.000 €
Carl-Goerdeler-Straße	3214.72206-1	753.000 €	192.000 €	561.000 €
In den Sandwehen	3215.72202-2	217.000 €	138.000 €	79.000 €
Brokstraße	3215.72205-7	612.000 €	149.000 €	463.000 €
Drebberstraße	3215.72201-4	96.000 €	96.000 €	0 €
Obervieland	3215.72207-3	45.000 €	45.000 €	0 €
Butjadinger Straße	3215.72204-9	643.000 €	643.000 €	0 €
Pestalozzistraße	3215.72203-0	350.000 €	350.000 €	0 €
	gesamt	**7.223.000 €**	**4.723.000 €**	**2.500.000 €**

Der Senat und der Haushaltsausschuss hatten bereits im März 2003 der Erteilung einer VE von 1 Mio. € zugestimmt, diese soll nun auf der Grundlage der konkreten Kostenberechnungen um 1,5 Mio. € auf 2,5 Mio. € erhöht werden.

Beschlussfassung:

Die Deputation stimmt der Erteilung der von Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 2,5 Mio. € zu.

In Vertretung

Köttgen